



Die veröffentlichte Meinung ist ein Produkt wie jedes andere und wird auch ähnlich produziert. Die wichtigen Ereignisse, die den Lauf der Geschichte verändern, werden uns oft vorenthalten, verharmlost, verfälscht oder entstellt vermittelt. Der Frieden ist zu wichtig, um ihn der Politik zu überlassen. Wir alle müssen ihn gemeinsam bewahren.

Der folgende Aufsatz fasst die wesentlichen Aussagen des Vortrags zusammen, den Wolfgang Berger am 3. Oktober 2014 beim „[Tag der Wahrheit](#)“ auf dem Marktplatz in Mainz – am Dom – vor hunderten von Zuhörern gehalten hat.

Verschwiegenes, Verharmlostes und Vertushtes

Die Presse als Instrument der Gehirnwäsche

von Wolfgang Berger (www.business-reframing.de)
und Mathias Funk (www.mahnwache-worms.de)

Das Karlsruher Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) zeigte einmal in einer Ausstellung („Making Things Public“), wie die öffentliche Meinung produziert wird: Ganz ähnlich wie andere Produkte auch. Viele Zahnräder drehten sich miteinander und offenbarten Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Letztlich führten sie zu den in der Öffentlichkeit kaum sichtbaren Produzenten: Wenige Familien produzieren die öffentliche Meinung der Welt.

Kaum jemand kann sich ihr entziehen – am wenigsten die Politiker, die darauf angewiesen sind, sie zu berücksichtigen und sie deshalb nach allen Regeln der Kunst ermitteln und erforschen lassen. Die Meinungsforschung gibt deshalb in einer Demokratie die Richtung der Politik vor. Wer sich dieser Wegweisung widersetzt, wird schon von den Medien abgesetzt, denn er hätte keine Chance gewählt oder wiedergewählt zu werden.

Die Presse gestaltet die Meinung der Bevölkerung mit verschiedenen Instrumenten: Verschweigen, Verunglimpfen, Verfälschen und Verharmlosen. Zu jedem dieser Instrumente einige Beispiele:

Passagierflugzeuge als Anschlagziele

Seit 20 Jahren ist die Technik der Fernsteuerung von Flugzeugen ausgereift und einsatzbereit. Das Flugzeug wird den Piloten praktisch entwendet; sie können seinen Kurs und seine Flugmanöver nicht mehr beeinflussen; wie ein Modellflugzeug wird es von ganz woanders gesteuert.

Im Zusammenhang mit dem Terroranschlag am 11. September 2001 ist die Möglichkeit einer Fernsteuerung der Passagierflugzeuge, die in das World Trade Centre geflogen sein sollen und es zum Einsturz gebracht haben sollen, nicht untersucht worden. Der Finanzjournalist Lars Schall hat eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen ausgewertet, die zeigen, dass eine dreistellige Zahl von US-Amerikanern ihr Vermögen durch diesen Anschlag innerhalb weniger Tage ver Hundertfachen konnte. Der frühere Leiter der Deutschen Bundesbank Ernst Welteke hat

gesagt, dass solche erfolgreichen Spekulationen ohne ein bestimmtes Wissen und ohne Vorinformationen weder geplant noch ausgeführt werden können.

Wenige Tage vor dem Terroranschlag ist bekannt geworden, dass im Pentagon – dem Verteidigungsministerium der USA – 2.300 Milliarden Dollar verschwunden sind. Einige Medien waren dabei, dieses Geheimnis aufzudecken und den möglicherweise größten Finanzskandal aller Zeiten an die Öffentlichkeit zu bringen. Verteidigungsminister Donald Henry Rumsfeld hat am Tag vor den Anschlägen öffentlich zugegeben, dass dieser Betrag „verschwunden“ ist. Nun ist bei dem Anschlag aber *zufällig* und *ausgerechnet* die Buchhaltung des Pentagon zerstört worden. Dort – dicht über dem Boden – soll ein Flugzeug hineingeflogen sein und sämtliche Unterlagen zerstört haben. Eine Aufklärung ist jetzt nicht mehr möglich. Abgesehen davon hatten die Medien danach anderes zu berichten.

In der offiziellen Version zum Terroranschlag 9/11 wird erklärt, warum mehrere Flugzeuge innerhalb weniger Stunden unbemerkt in den am besten bewachten Flugraum der Welt eindringen konnten: Es haben Manöver stattgefunden. Alle Bewacher seien abgelenkt gewesen und die Sicherheitssysteme abgestellt, um die Manöver nicht zu stören.

Im Jahre 1962 haben die Stabchefs der US-Streitkräfte die so genannte Operation Northwoods geplant und Präsident John F. Kennedy vorgeschlagen, den Plan auszuführen: Eine mit Amerikanern voll besetzte Linienmaschine sollte vom US-Militär abgeschossen werden. Gefälschte Beweise sollten darauf hinweisen, dass Kuba dieses Verbrechen mit Hilfe der Sowjetunion durchgeführt habe. Die Operation hatte das Ziel, bei der Bevölkerung Verständnis für einen vernichtenden atomaren Schlag gegen die Sowjetunion zu produzieren. Kennedy genehmigte die Operation nicht.

Im Jahre 2006 hat die US-Außenpolitik das Prinzip der „Nuclear Primacy“ wieder belebt – der Fähigkeit einen atomaren Erstschlag so auszuführen, dass der Gegner zu einer Gegenreaktion nicht mehr in der Lage ist. In der Zeitschrift „Foreign Affairs“ – dem Sprachrohr der amerikanischen Außenpolitik – stand am 30. Mai 2014 ein Beitrag, der den Aufbau eines Raketenabwehrsystems auch in der Ukraine fordert, weil so die „Nuclear Primacy“ gesichert werden könne.

Malaysias Justiz im Fokus

Im Jahre 2014 sind zwei Passiermaschinen von Typ Boing der staatlichen Fluglinie Malaysias vom Kurs abgewichen. In beiden Fällen fanden alle Passagiere den Tod. Malaysia erleidet dadurch hohe Verluste, weil kaum noch Flüge mit dieser Gesellschaft gebucht werden. Wäre es eine private Gesellschaft, hätte sie Konkurs anmelden müssen. Warum gerade Malaysia? Malaysia ist der wirtschaftliche erfolgreichste islamische Staat mit dem höchsten Lebensstandard der breiten Bevölkerung.

Der oberste Gerichtshof Malaysias hat George W. Bush und Tony Blair als Kriegsverbrecher verurteilt. Die Regierung bereitet eine Anklage gegen beide beim internationalen Gericht für Menschenrechte in Den Haag vor. Die internationale Kommission zur Verfolgung von Menschenrechten (War Crimes Commission) hat ihren Sitz in Kuala Lumpur, der Hauptstadt Malaysias. Diese Kommission hat Israel der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen angeklagt.

An Bord von Flug MH 370 der Malaysia Airlines, die am 8. März 2014 von Kuala Lumpur nach Peking fliegen sollte und dort nie angekommen ist, saßen 20 Mitarbeiter der US-Firma Freescale Semiconductor Ltd. Sie alle waren chinesische Softwareentwickler. Vier von ihnen hatten ein Patent entwickelt: Eine 1,9 x 2,0 mm große Drohne – kleiner als eine Fliege, die ferngesteuert

wird, aufgrund ihrer Winzigkeit fast überall unbemerkt eindringen und Spionage betreiben kann. Sie kann auch Geräte und Fahrzeuge fernsteuern und Seuchen verbreiten.

Drei Tage nach dem Verschwinden des Flugzeugs ist das Patent eingetragen worden. Patentinhaber sind zu je 20 % die vier Erfinder und die Firma Freescale Semiconductor Ltd. Die firmeninternen Verträge sehen vor, dass beim Tod eines dieser Inhaber seine Rechte an dem Patent zu gleichen Teilen auf die übrigen vier übergehen. Da alle vier Erfinder umgekommen sind, gehört das Patent jetzt der Firma allein.

Diese Firma ist eine Tochtergesellschaft der Blackstone Group L. P., einer New Yorker Investmentgesellschaft, die Beteiligungen von ca. 160 Milliarden Dollar verwaltet. Ihr größter Anteilseigner ist der britische Investmentbanker Baron Nathaniel Charles Jacob Rothschild. Die Gefahr, dass diese hochbegabten Chinesen vielleicht gegenüber ihrem Heimatland noch loyal sind und in Peking die Geheimnisse der Mikrodrohne verraten, ist gebannt. Vielleicht ist damit sogar Chinas Griff nach der Weltmachrolle aufgeschoben.

Vom Verteidigungs- zum Angriffsbündnis

Manöver während eines Anschlags scheinen eine Konstante zu sein. Im Juli 2014 führt die NATO gemeinsam mit den ukrainischen Streitkräften ein Manöver mit dem schönen Namen „Sea Breeze“ durch. Mit der „leichten Brise vom Meer“ sollten NATO-Soldaten ukrainischen Kräften Kenntnisse in elektronischer Kriegsführung vermitteln.

Am 17. Juli 2014 haben bewaffnete ukrainische Kräfte den Kontrollturm des Flughafens Kiew gestürmt. Danach ist die Route des Flugs MH 17 der Malaysia Airlines, die das Land auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur überfliegen wollte, 200 km nach Norden – über das umkämpfte Gebiet in der Ostukraine – umgeleitet worden. Zugleich ist ein Ukrainischer Kampfjet vom Typ SU-25 mit 30 mm Kanonen an Bord im Steigflug aufgestiegen. In dem Augenblick, wo er die Boeing MH 17 erreicht, verschwindet diese vom Radar.

Ein Fluglotse hat das alles über Facebook mitgeteilt. Der Account ist inzwischen gelöscht und der Fluglotse vom Erdboden verschwunden. Ob er mit dieser Bekanntmachung sein Todesurteil gesprochen hat oder ob er untergetaucht ist, um weiter zu leben, wissen wir nicht. Russland hat die Ukraine aufgefordert, die Flugbewegungen dieses Tages zu veröffentlichen. Die Ukraine kommt dieser Aufforderung nicht nach.

Die fliegende Radarüberwachung der Ukraine durch die NATO aus großer Höhe ist lückenlos. Zudem ist zeitgleich mit der MH 17 der US-Spionagesatellit MASINT über die Ukraine geflogen, der Raketenabschüsse registriert und Flugbahnen zurückverfolgen kann. Noch am Tag des Abschusses des Flugzeugs hat der Westen Russland beschuldigt, hinter dem Abschuss zu stecken. Russland hat unmittelbar danach sämtliche verfügbaren Satellitenaufnahmen veröffentlicht. Die USA und die NATO haben für ihre Schuldzuweisungen keinerlei Beweis vorgelegt.

Doch – zwei Beweise gab es:

1. Satellitenbilder, die eine Raketen-Abschussrampe der Separatisten in der Ostukraine zeigen. Nachdem die genaue Analyse der Aufnahmen Kiewer Militärgerät gezeigt hat, wurden die Aufnahmen als geheim eingestuft und unter Verschluss gehalten.
2. Ein vom ukrainischen Geheimdienst abgehörtes und mitgeschnittenes Gespräch von Separatisten mit einem russischen Oberst vom 17. Juli 2014. Darin rühmen sich die Separatisten, ein großes westliches Passagierflugzeug abgeschossen zu haben. Westliche IT-Freaks haben nun aber entdeckt, dass dieses Gespräch bereits einen Tag vor dem Flugzeugabsturz online gestellt war.

Trotzdem erfüllt die Tragödie ihren Zweck: Die USA sind an einer Aggression gegen Russland interessiert – auch militärisch – und haben die NATO für ihre Ziele instrumentalisiert. Sie haben Sanktionen beschlossen, denen sich die Europäer zunächst nicht anschließen wollten, weil die europäische Industrie wegen der engen Verflechtung mit Russland darunter leidet. Nach dem Flugzeugabsturz, den unsere Presse mit „Es war Putins Rakete“ und der Spiegel mit „Stoppt Putin jetzt“ quittiert, trägt Europa die US-Sanktionen solidarisch mit.

Der Flugschreiber ist längst ausgewertet. Die Ergebnisse werden totgeschwiegen und vielleicht erst dann veröffentlicht, wenn sich nur noch Historiker dafür interessieren. Unserer Presse ist das keine Meldung wert. Malaysia beschuldigt die Ukraine des Flugzeugabsturzes und begründet es mit Fakten. Unserer Presse ist das keine Meldung wert.

Ein moralischer und politischer Gräuel

Am 3. September 2014 erklärte US-Präsident Barak Obama, „russische Kampftruppen mit russischen Waffen in russischen Panzern“ seien in der Ostukraine eingesetzt. Unsere Medien berichteten gar von einer Invasion russischer Truppen. Aber alle Bilder, die gezeigt worden sind, um diese Invasion zu belegen, waren falsch. Der Westdeutsche Rundfunk hat am 29. August 2014 ein Bild veröffentlicht und die zentrale Botschaft mit der Überschrift „Russland auf dem Vormarsch?“ bekräftigt. Das Bild zeigte russische Kampfpanzer und der Text zum Bild erläuterte: „Russische Kampfpanzer fahren am 19.8. [...] in die Ukraine.“ Eine brutale Fälschung. Das Bild stammt aus dem Jahre 2008 und zeigt den Rückzug russischer Kampfpanzer aus Georgien.

Nach vielen Protesten hat sich der Westdeutsche Rundfunk kurz entschuldigt, es sei ein Versehen gewesen, und das Bild ausgetauscht. Auf dem neuen Bild sieht man einen russischen Soldaten aus einem Panzer schauen und dieser sollte sich in der Ostukraine befinden. Aber es ist wieder Kriegspropaganda. Das Bild entstand im März 2014 auf der Krim. Es gab erneut Proteste, so dass das Bild nochmals ausgetauscht werden musste, diesmal durch das Bild eines Fernsehsprechers im Studio.

Harld Kujat, ehemaliger NATO-General und als Generalinspekteur der Bundeswehr deren ranghöchster Soldat, hat im Detail erläutert, dass sämtliche Beweise, die der Westen gegen Russland vorbringt – auch die von russischen Truppen auf ukrainischem Gebiet – gefälscht sind. Es gibt keinen Beweis für eine russische Militärpräsenz in der Ukraine. Unserer Presse ist auch das keine Meldung wert. Die NATO hat sich von einem Verteidigungsbündnis in ein Angriffsbündnis verwandelt.

Jetzt wird uns berichtet, dass der Sieben-Punkte-Plan, den Putin zur Lösung des Ukraine-Konfliktes vorgeschlagen hat, vom Westen abgelehnt worden ist. Warum? Weil er den Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine nicht vorsieht. Wie aber sollen Truppen zurückgezogen werden, die gar nicht da sind? Dieser eine Satz dient der Programmierung unseres Unterbewusstseins, dem immer eingetrichtert wird: In der Ukraine sind russische Truppen.

Weiter wird berichtet, die USA haben Russland aufgefordert, die Aggressionen zu beenden. Der tatsächliche Aggressor, der eine Regierung unterstützt, welche die eigene Bevölkerung bombardiert, massakriert und in eine humanitäre Katastrophe stürzt, beschuldigt das Land, das mit hunderten von LKW Hilfe schickt und eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat, deren Häuser, Strom- und Wasserversorgung von ihrer eigenen, ukrainischen Regierung zerschossen worden sind, der Aggression. Was ist das für eine Heuchelei?

Die Schotten haben sich gegen die Unabhängigkeit von Großbritannien entschieden. Wie hätten sie wohl reagiert, wenn England Schottland wegen seines Unabhängigkeitsstrebens in Schutt und Asche gebombt hätte? Die westliche Unterstützung für die ukrainische Regierung hat eines bewirkt: Dass aus dem Land nie mehr eine Einheit werden kann.

Die globale Staatsstreichmaschine

Seit 1953 haben die USA „für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte“ insgesamt 40 Staatsstrieche inszeniert: Iran (1953), Guatemala (1954), Thailand (1957), Laos (1958-60), Kongo (1960), Türkei (1960, 1971 und 1980), Ecuador (1961 und 1963), Südvietnam (1963), Brasilien (1964), Dominikanische Republik (1963), Argentinien (1963), Honduras (1963 und 2009), Irak (1963 und 2003), Bolivien (1964, 1971 und 1980), Indonesien (1965), Ghana (1966), Griechenland (1967), Panama (1968 und 1989); Kambodscha (1970), Chile (1973), Bangladesh (1975), Pakistan (1977), Grenada (1983) Mauretanien (1984), Guinea (1984), Burkina Faso (1987), Paraguay (1989), Haiti (1991 und 2004), Russland (1993), Uganda (1996), Libyen (2011), Ukraine (2014).

Ende 2013 haben 500.000 bis eine Million Menschen auf dem Majdan [Nesaleschnosti](#) in Kiew gegen die gewählte Regierung von Präsident Wiktor Janukowytsch demonstriert. Am 18. Februar 2014 wurden ca. 80 Demonstranten aus großer Entfernung durch gezielte, präzise Kopfschüsse hingerichtet. Die Schützen sollen Uniformen der Präsidentengarde getragen haben. Der Präsident musste deshalb fliehen, er wäre sonst gelyncht worden. Augenzeugen berichten, dass die Schützen nicht die passenden Schuhe zu den Uniformen trugen.

Janukowytsch selbst kann kein Interesse an einem Umsturz gehabt haben. Es fällt aber auf, dass die neue ukrainische Regierung dieses Massaker nicht untersuchen lässt. Es wird einfach totgeschwiegen und vom Absturz von MH 17 quasi übertüncht. Der Westen lässt diese Vertuschung stillschweigend zu. Unsere Presse regt sich nicht darüber auf.

In Odessa sind über 30 russischsprachige Demonstranten von einem Mob gejagt worden und haben sich in ein Gewerkschaftsgebäude geflüchtet. 25 Minuten Videoaufnahmen zeigen, wie junge Mädchen lustig die Molotowcocktails abfüllen, die in das Gebäude geworfen werden. Die Demonstranten versuchten vergeblich, aus dem angezündeten Gebäude zu entkommen und verbrennen bei lebendigem Leibe. Auch dieses Verbrechen wird einfach totgeschwiegen. Der Westen lässt auch hier die Vertuschung stillschweigend zu und unsere Presse legt keinen Finger in die Wunde.

Neben der Einstimmung Europas auf die aggressive Gangart gegenüber Russland hat der Abschuss der MH 17 offenbar noch einen weiteren Zweck erfüllt: Über diese grauenvollen Verbrechen wird nicht mehr geredet. Eine neue Tragödie beansprucht unsere Aufmerksamkeit. Offenbar war es als „False Flag Action“ (eine Aktion, die anderen untergeschoben werden soll) geplant, ist aber schief gegangen. Die getürkten Beweise ließen sich doch nicht verwerten.

Bei der berühmten Brutkasten-Lüge in Kuwait war das noch anders: Tränenüberströmt berichtete eine Augenzeugin davon, wie irakische Soldaten nach dem Überfall auf Kuwait Babys aus den Brutkästen gerissen und auf den Fußboden geworfen haben. Viele haben diesen schrecklichen Bericht in den Abendnachrichten gesehen und natürlich gutgeheißen, den grauenvollen Diktator zu stürzen, der das befiehlt oder zulässt.

Als später herauskam, dass die „Augenzeugin“ die Tochter des Kuwaitischen Botschafters in Washington D. C. war, dass sie von einer PR-Agentur ein halbes Jahr lang auf diesen Auftritt vorbereitet und von einer Schauspielschule dafür trainiert worden ist, hat es kaum noch jemanden interessiert. Der Irak war bereits in die Steinzeit zurückgebombt. Es ist vorbei und nur noch für Historiker von Interesse.

Obama stellt Russland auf eine Stufe mit dem IS und Ebola

2011 begann der Aufstand gegen den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi in Bengasi. Das ZDF zeigte uns Aufnahmen der demonstrierenden Massen, die mit Fahnen wedelten und mit wutverzerrten Gesichtern ihren Hass auf den Diktator herausschrien. Wer das sah, hatte Verständnis für die von der NATO erzwungene Flugverbotszone. Wer die üppigen sozialen

Verhältnisse in Libyen kannte, hat sich gewundert. Aber wenige schauen hinter die Kulissen – weder in Libyen noch beim ZDF.

Die geschwenkten Fahnen waren nämlich nicht von Libyen und auch nicht von dessen östlicher Provinz Bengasi, sondern von einem erbitterten Aufstand der schiitischen Bevölkerung von Bahrain gegen ihren Herrscher. Diese Aufständischen wurden von saudischen Leopard-Panzern mit brutalster Gewalt beschossen. Deutschland hatte die Panzer geliefert. Es gab sehr viele Todesopfer, worüber in der Presse kaum berichtet wurde. Die Fehlinformation ist vom ZDF nie korrigiert worden, was darauf hindeutet, dass die Zuschauer bewusst getäuscht werden sollten.

Vor drei Jahren begann mit den ersten Großdemonstrationen auch der Aufstand der Syrer gegen Machthaber Baschar al-Assad. Im letzten Jahr zeigte uns die ARD, wie Assad Demonstranten von Reitern mit zwei Meter langen Holzknüppeln zusammenschlagen ließ, bis sie ohnmächtig und heftig blutend am Boden lagen. Eine genaue Analyse offenbart, dass die Aufnahmen fünf Jahre alt sind und die Niederschlagung von Demonstrationen gegen die von der amerikanischen Besatzung eingesetzte Regierung im Irak zeigen.

Die Gehirnwäsche, die unsere mit steuergleichen Zwangsabgaben finanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten betreiben, deutet auch auf das Motiv: Es geht nicht um das Volk von Irak, Libyen oder Syrien. Es geht um die Destabilisierung des gesamten nahen Ostens. So soll dem durch den zweiten Irakkrieg nicht geplanten gewachsenen Einfluss des Iran begegnet werden.

Der sich so bezeichnende „Islamische Staat“, dessen siegreicher Feldzug gerade Angst und Schrecken verbreitet, ist genauso ein Kind westlicher Geheimdienste, wie seinerzeit die islamischen Milizen der Taliban in Afghanistan. Ohne eine gewaltige finanzielle Unterstützung kann ein derart wirksamer und effizienter Feldzug nicht geführt werden, ist die Logistik der Versorgung und Wartung modernster Waffen, die das erfordert, nicht zu bewältigen.

Am 24. September erklärte Präsident Obama vor der UN-Vollversammlung in New York, dass Russland neben dem Islamischen Staat (ISIS), sowie dem Ebola-Virus zu einer der drei größten Bedrohungen gehöre, denen sich die Welt ausgesetzt sähe. Das ist eine Kriegerklärung von Barack Obama an Russland – nicht besser als die „Achse des Bösen“ von George W. Bush – und sie deutet darauf hin, dass mit Russland ähnlich verfahren werden soll wie mit dem Irak und mit Libyen. England plant, 6.000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge nach Deutschland zu verlegen, weil auf der Insel kein Platz sein soll. Ist Deutschland als Ausgangspunkt eines Angriffs auf Russland ausersehen? Der angelsächsische Finanzimperialismus braucht jetzt einen Krieg für sein Überleben. Deutschland und Russland brauchen ihn nicht.

Anne Williamson, eine renommierte Journalistin, die u.a. für das Wall Street Journal geschrieben hat, hat in einer Befragung vor dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten ausgesagt: „Was die US-Politik nach dem Kalten Krieg geschmiedet hat, ist ein moralischer, politischer und finanzieller Gräuel auf der Basis von Betrug, Diebstahl und Schwindel.“

Vom mittellosen Mafiosi zum Milliardär

Deutschland hat Michail Sergejewitsch Gorbatschow seine Wiedervereinigung zu verdanken und sogar die Erlaubnis, auch das Gebiet der ehemaligen DDR in die NATO zu integrieren. Die NATO wollte sich im Gegenzug nicht über die Oder-Neiße-Linie hinaus ausdehnen.

Nachdem die Vereinigung vollzogen war, haben angelsächsische Stiftungen die Familien von Michail Chodorkowski und dem Alkoholiker Boris Jelzin finanziert, um neben Gorbatschow gleich die ganze Sowjetunion zu entsorgen. Westlichem Kapital sollte der Zugriff auf die weltweit größten Rohstoffvorkommen in Russland eröffnet werden. Die entsprechenden finanziellen Transaktionen wurden über die New Yorker Riggs Bank abgewickelt, die für die meisten

amerikanischen Präsidenten die Bankgeschäfte erledigt hat und dessen Direktor Johnathan Bush ist – eine Onkel von George W. Bush.

Die russischen Oligarchen, die im Zuge der Auflösung der Sowjetunion und der Privatisierung ihrer Bodenschätze und werthaltigen Industriekombinate plötzlich Milliardäre geworden sind, waren zuvor entweder kleine Bürokraten in einem großen Staatsapparat oder mittellose Mafiosi. Wladimir Putin hat dieses Spiel beendet, dem Finanzkrieg gegen russische Bodenschätze einen Riegel vorgeschoben und dadurch die angelsächsischen Kapitalmärkte gegen sich aufgebracht.

Viele der Oligarchen haben sich jetzt dem Zugriff Putins entzogen, sich mit ihren Milliarden nach London abgesetzt, welches deshalb auch Londongrad genannt wird. Ihren gestohlenen Reichtum legen sie auf westlichen Kapitalmärkten an. Der größte russische Ölkonzern war Yukos, den sich Michail Chodorkowski nach der Wende genommen hat.

Der Ständige Schiedshof in Den Haag hat am 28.07.2014 über die Klage der in der Steueroase Gibraltar ansässigen Holding Group Menatep Limited (GML) gegen die Russische Föderation entschieden: Russland ist verurteilt worden, wegen der faktischen Enteignung von Yukos 50 Milliarden Dollar an Leonid Newslin zu zahlen. Chodorkowski hatte ihm seine Geschäftsanteile übertragen, nachdem er sich im Zuge seiner Freilassung aus der Haft verpflichtet hatte, nicht gegen Russland zu klagen. Newslin hat sich nach Israel abgesetzt. Das Urteil ist vollstreckbar und russisches Eigentum kann daraufhin jetzt überall auf der Welt gepfändet werden.

Voraussetzung für einen Blitzkrieg

Im Mai 2014 ist mit dem Gesetzentwurf S. 2277 der Russian Aggression Prevention Act of 2014 in den US-Senat eingebracht worden. Es geht um Milliardeninvestitionen zur Destabilisierung Russlands nach dem erfolgreichen Vorbild der Ukraine. So soll es möglich sein, das Land in einem Blitzkrieg zu erobern und zu „befreien“. Unsere Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie unsere Zeitungen und Zeitschriften – offenbar fast alle Außenstellen der NATO-Pressestelle – klären uns darüber nicht auf.

Zbigniew Brzeziński – neben Henry Kissinger die einflussreichste „graue Eminenz“ der USA – hat in seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ dargelegt, dass die Ukraine geopolitischer Dreh- und Angelpunkt Eurasiens ist. Solange Russland hier Einfluss hat, über die Krim den Zugang zum Schwarzen Meer behält und seine reichen Bodenschätze nicht privatisiert, bestehe die Gefahr, dass hier eine beutende eurasische Großmacht heranwache. Mit Arsenij Jazenjuk, dem ukrainischen Ministerpräsidenten, der sich an die Macht geputscht hat und durch einen Hitlergruß aufgefallen ist, wird das Land nun von einem „Einflussagenten“ der NATO regiert. Nachdem Jelzin in Russland nicht mehr zur Verfügung steht, ist nun wenigstens im Nachbarland das Spitzenpersonal linientreu.

Ein Schüler Brzezińskis, Guido Goldman, leitet jetzt den German Marshall Fund und ein Schüler Goldmans, Jochen Bittner, hat an der Rede mitgearbeitet, die der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck im Januar 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz gehalten hat. Eine stärkere Rolle Deutschlands in der Welt hat er angemahnt – auch militärisch. Darüber haben die Mainstream-Medien uns ausführlich informiert.

Auch Robert Kagan, der Ehemann von Victoria Nuland, arbeitet für den German Marshall Fund. Frau Nuland, Sicherheitsberaterin von Vizepräsident Dick Cheney, ist durch ihren Spruch „fuck the EU“ berühmt geworden ist. Cheney hat Präsident George W. Bush während der 9/11-Anschläge im Präsidenten-Airbus auf einen Spazierflug geschickt und sich in den Kommando-Bunker unter dem Weißen Haus zurückgezogen. Was er da getrieben hat, ist nicht bekannt geworden. Noch nicht, denn wir leben in einer Zeit, in der es keine Geheimnisse mehr geben wird, in der nach und nach alles herauskommt.

Ebenfalls im Januar 2014 haben sämtliche Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas sich in Kubas Hauptstadt Havanna zu einem Gipfel der CETAC getroffen – der Vereinigung lateinamerikanischer und karibischer Staaten. Sie haben ihre Region zu einer atomwaffenfreien Friedenszone erklärt. Hierüber haben unsere Mainstream-Medien mit keiner Zeile berichtet.

Voraussetzung für Frieden

Im Juli 2014 ist offensichtlich der Versuch gescheitert, mit einem Flugzeugabschuss einen Kriegsgrund gegen Russland zu schaffen. Den größten Frevel hat Russland nämlich am 15. Juli im brasilianischen Fortaleza begangen. Vielleicht musste der Abschuss deshalb schnell gehen und ist in der Hektik nicht sorgfältig vorbereitet worden:

In Brasilien war ein Treffen der BRICS-Gruppe – der Staats- und Regierungschefs von **Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika**. Argentinien und die Islamische Republik Iran waren als Beobachter eingeladen. Die hohen Damen und Herren haben eine Strategie beschlossen, den Dollar von seinem Thron als Weltleitwährung zu stürzen. Dieser ermöglicht es nämlich, die ganze Welt in eine Schuldknechtschaft zu stürzen und damit die Dominanz der USA zu erhalten und ihr gewaltiges Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren.

Zwei Mal haben Machthaber die Weltleitwährung Dollar bereits bedroht: Der erste war Saddam Hussein, der für das irakische Öl Euro statt Dollar haben wollte. Unmittelbar nach dieser Forderung ist in Washington D. C. die Entscheidung zum erneuten Krieg gegen den Irak gefallen, der zum Sturz Husseins geführt hat. Als Hussein in einem sieben Jahre langen Zermürbungskrieg das Nachbarland Iran geschwächt und die Kurden im Norden seines Landes vergiftet hat, war er noch der gute Diktator – Kunde des Westens von Waffen und Giftgas. Aber die Dominanz des Dollar in Frage stellen: Da musste ein Exempel statuiert werden.

Der zweite war Muammar al-Gaddafi. Mit russischen Ingenieuren hat er den größten unterirdischen Süßwassersee der Erde im Südosten Libyens erschlossen, mit dessen Wasser er den ganzen Norden Afrikas für tausend Jahre in einen blühenden Garten Eden verwandeln wollte – und das ohne einen einzigen Dollar Kredit von den internationalen Banken, der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds. Eine solche finanzielle Unabhängigkeit war gefährlich. Nach dem Sturz Gaddafis ist das weit fortgeschrittene Projekt eingestellt worden.

Nach der alten Logik müssten die USA mit ihren Verbündeten nun die BRICS-Staaten in die Steinzeit zurückbomben. So wäre die Dominanz der Dollars als Weltleitwährung erhalten – und damit die Weltherrschaft der Finanzzentren in der City of London und der Wallstreet. So einfach wie in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien geht das aber nicht. BRICS umfasst die Hälfte der Weltbevölkerung. Wir stehen an einem Wendepunkt.

Adam Smith, der große Klassiker der Nationalökonomie, hat im 18. Jahrhundert gesagt: „Es gibt zwei Wege zur Versklavung einer Nation; der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung“. Die Montags-Mahnwachen für den Frieden in vielen Städten sind ein wunderbares Zeichen: Kein Volk der Welt will Krieg. Wenn wir korrekt informiert werden, wird die Strategie, uns mit falschen Informationen kriegsgeneigt zu machen, nicht aufgehen.

Eine Finanzordnung, die keinen Krieg mehr braucht, um sich selbst zu erhalten (wie unser gegenwärtiges System) ist einfach. Auf www.business-reframing.de können Sie eine faszinierende vierstündige DVD bestellen, die umfassend erklärt, wie das funktioniert und wie ein Systemwechsel zu erreichen ist.

„Der Krieg ist eine zu ernste Sache, um ihn den Generälen zu überlassen“, hat der französische Staatsmann Georges Clemenceau vor hundert Jahren gesagt. Es sieht fast so aus, als hätten viele Meinungsmacher heute die Lektionen aus der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs nicht gelernt. Wir sollten aber jetzt noch ergänzen: Das Finanzsystem ist eine zu ernste Sache, um es Banken

und Hedgefonds zu überlassen. Und der Frieden ist eine zu wichtige Sache, um ihn der Politik zu überlassen. Jeder von uns ist dafür verantwortlich. Demonstrieren Sie mit – ab nächsten Montag in Ihrer Stadt. Die Leipziger haben so den Eisernen Vorhang eingerissen. Wir alle gemeinsam werden so ein mörderisches und ausbeuterisches System zu Fall bringen.

Ihr **Wolfgang Berger**, Oktober 2014

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger, Ökonom und Philosoph, hat in Deutschland, Ghana, Frankreich, Indien, Italien, Argentinien, den USA und dem Iran studiert, geforscht, gelehrt und als Industriemanager gearbeitet, am längsten bei der Schering AG, dort zuletzt als Personalchef. Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel veröffentlicht. Er leitet das Business Reframing Institut in Karlsruhe, mit dem er „Flow“ in Unternehmen verankert (www.business-reframing.de) und ist wissenschaftlicher Beirat der Wissensmanufaktur. Weitere Veröffentlichungen von Wolfgang Berger: www.wissensmanufaktur.net/wolfgang-berger